



Verband
Region Stuttgart

SPD-Regionalfraktion · Kronenstraße 25 · 70174 Stuttgart

An die Presse
in der Region Stuttgart

SPD-Regionalfraktion

Kronenstraße 25
70174 Stuttgart

Telefon: 0711 - 299 14 95

Telefax: 0711 - 299 14 96

E-mail: spd@region-stuttgart.org

Homepage: www.spd-region-stuttgart.de

Stuttgart, 14. März 2012

Stellungnahme von Harald Raß zu TOP 2 der Sitzung der Regionalversammlung am
14.03.2012

-Es gilt das gesprochene Wort-

5 Jahre Neue Messe Erfolgsfaktoren regionaler Infrastruktur und deren Perspektiven

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Region Stuttgart ist Lebens- und Wirtschaftsraum für knapp 2,7 Mio. Menschen. Sie ist der Rahmen für ein reiches kulturelles Erbe und Heimat für eine Wirtschaft, die grundlegend für robusten Wohlstand und gutes Leben war und ist. Die Stärke unserer Region besteht in einer hohen Wertschöpfung aus der Industrie, vor allem der Automobil- und Elektroindustrie und dem Maschinenbau.

Aber kann man es sich damit gemütlich machen?

Wir brauchen auch in der Zukunft eine aktive Industrie- und Strukturpolitik. Wenn wir in der neuen - erfolgreichen Messe - hervorragende Produkte präsentieren, müssen wir auch darauf achten, dass die Produktion erhalten bleibt und hier nicht nur entwickelt wird. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Gewerkschaften haben in der Krise sehr große Verantwortung übernommen – erhebliche Opfer gebracht - weshalb es wichtig ist, dass wir jetzt bei neuen Maßnahmen / Projekten die Beschäftigten und die Gewerkschaften voll mit einbeziehen.

Ob dies beim Beispiel „Putzmeister“ so war, kann man mit Fug und Recht bezweifeln.

Die SPD ist seit jeher eine Infrastrukturpartei. Wir sind davon grundsätzlich überzeugt, dass wir Wohlstand, Bildung, Gesundheit – und zwar für alle - nur in einem Zusammenwirken von öffentlicher und privater Infrastruktur gestalten, reformieren, den Anforderungen einer sich wandelnden Gesellschaft und Wirtschaft anpassen können. Dies betrifft sowohl die technische als auch die soziale Infrastruktur. Das war und bleibt unser Anspruch. Und wir stehen dazu, auch wenn wir in der Gesellschaft (auch in unserer Partei), Auseinandersetzungen durchstehen müssen. Dass gerade technische Infrastruktur im Weichbild unserer Region, unserer Landschaft und in unseren Städten und Gemeinden sichtbar wird, ist unvermeidlich. Natürlich stellen sich mit jedem Bauwerk, an das wir uns gewöhnt haben und das verändert oder neu gebaut werden muss, Verlustgefühle, ja Verlustängste ein. Aber andererseits wissen wir auch, dass vieles verändert werden muss, wenn es so bleiben soll, wie es ist oder unvermeidliche, ja wünschenswerte Fortentwicklungen zwingend werden.

Die Entstehungsgeschichte der Region, des Verbandes ist wesentlich verbunden mit zwei großen Projekten, der neuen Landesmesse und Stuttgart 21 einschließlich der Neubaustrecke.

Über die Neue Landesmesse auf den Fildern haben wir heute schon einiges gehört. Und dass diese Messe ein Erfolg wurde, ist auch hinlänglich und überzeugend dargelegt worden. Sie zeigt aber auch, dass wir mit derartigen Projekten, Stuttgart 21 war ja noch heftiger umstritten (und ist es heute noch), an die Grenzen dessen gehen, was eine Gesellschaft, ohne sie auf Dauer zu spalten, austragen kann. Und andererseits zeigt die Geschichte dieser neuen Messe aber auch, dass es sich lohnt, dafür zu streiten.

Wenn wir über regionale Infrastruktur, auf deutsch: den Unterbau (der nicht immer unterirdisch sein muss) reden, dann müssen wir natürlich auch die neuen Herausforderungen benennen. Zwei Themen werden, wenn es um Infrastruktur geht, die Agenda der nächsten Jahre bestimmen:

1. das Energiethema,
2. das Verkehrsthema

Beide sind eng miteinander verflochten und beide weisen jeweils ganz spezifische Merkmale auf. Sie sind eindeutig regionale Themen. Nicht in dem Sinne, dass die Region alles machen muss und soll, aber sicher in dem Sinne, dass es ohne regionale Ziele, Zusammenarbeit und regionale Gemeinsamkeit nicht gehen wird.

Energie

Die Energiewende nach dem Schock von „Fukushima“ ist ein vorläufiger Kulminationspunkt einer jahrzehntelangen Diskussion, die mit „Atomkraft – Nein danke“ begann. Und dann über mehrere Stationen wie „Tschernobyl“, die Förderung der Erneuerbaren Energien, das EEG, (und einem signifikanten Arbeitsplatzaufbau), führte. Und jetzt sind wir an dem Punkt, an dem wir wissen, dass wir auf Dauer die viel beschworene „Nachhaltigkeit“ nur dann erreichen, wenn wir die atomaren und fossilen Energien vollständig durch Erneuerbare Energien ersetzen. Das wird zunächst als Bedrohung empfunden und mit vielen Fragezeichen versehen. Der Hintergrund: Wer für eine Systemveränderung in einem so komplexen Zusammenhang ist, soll beweisen, was nicht konkret beweisbar ist: dass das neu zu Schaffende besser ist als das scheinbar Bewährte.

Die Energiewende hat aus meiner Sicht aber auch einen anderen, viel zu wenig beachteten Aspekt: Sie beinhaltet eben nicht Strukturkonservatismus, sondern die Herausforderung und den Mut etwas ganz Neues zu beginnen. Der grundlegenden Strukturwandel der Energieversorgung ist unabweisbar. Bei den Netzen, bei der Energieerzeugung und beim Vertrieb.

Und dieser Wandel wird sich immer im „magischen Dreieck“ der Energieversorgung bewegen:

Klima- und Umweltschutz
Versorgungssicherheit und
Preiswürdigkeit.

Ziele, die sich durchaus gegenseitig widersprechen können, in kurzzeitigen betriebswirtschaftlicher Sichtweise ebenso wie in der Langfristbetrachtung.

Einer der schwersten strukturpolitischen Fehler der vergangenen Jahre war der Verkauf der EnBW-Anteile an die Edf, mit dem auch regional und kommunal wichtige Versorger an einen der „großen Vier“ verloren gingen. Dass der Rückkauf der Edf-Anteile durch das Land im Jahr 2010 mit erheblichen politischen Belastungen parallel einhergeht, wird derzeit im Landtag aufgearbeitet.

Und die derzeitige Welle der (Neu-)Gründung von Stadtwerken als Vollversorger ist ebenfalls ein deutlicher Beleg dafür, dass die Energiewende bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen ist, als lokales und regionales Thema. Und es war auch Bürgerferne und zum Teil eben auch Wirtschaftsferne des „alten“ Systems, die diesen Trend – aus meiner Sicht: positiven - hervorruft. Weil nicht nur bedarfsgerechte und ökologisch vertretbare Investitionen getätigt

werden (können), sondern auch die Wertschöpfung in der Region verbleibt. Ein wichtiger Punkt wird aber sein, dass diese kommunalen Aktivitäten auch regional wirksam werden. Wenn die Voraussetzungen dafür noch nicht vorhanden sind, müssen wir sie schaffen.

Denkbar wäre eine stadtwerkeübergreifende, regionale Netzbetriebsagentur, etwa bei der WRS, die einen jährlichen Infrastrukturbericht erstellt, und konkrete Entscheidungsempfehlungen für Infrastrukturmaßnahmen gibt, die in die Kooperation der Stadtwerke einfließt.

Der Verband wird keinen regionalen Energieversorger aufbauen. Aber es ist unsere Aufgabe, alle Aspekte aufzugreifen, die für unsere Region von Bedeutung sind. Das ist die neue Herausforderung.

Verkehr

Die öffentliche Infrastruktur mit den Verkehrsnetzen gehört zum Kerngeschäft der öffentlichen Hände. Die Bedeutung der Infrastruktur für einen Wirtschaftsstandort liegt auf der Hand: Jede Verbesserung erhöht die Produktivität für alle Nutzer der Struktur. Je mehr die Arbeitsteilung zunimmt und Treibstoff teurer wird, umso mehr steigt der Wert einer vorzüglichen Infrastruktur für die Wirtschaft.

Dass aber auch hier ein Strukturwandel einsetzt, ja einsetzen muss, ist aus der vorherigen Beratung des Förderprogramms für Nachhaltige Mobilität deutlich geworden. Und auch, dass dies nicht von heute auf morgen geschieht. Zumal sich offensichtlich im Bewusstsein etwas ändert. Dies wird an einer – öffentlich wenig beachteten - Entwicklung deutlich: Die Zahl der Führerscheininhaber im jugendlichen Alter (18-24 Jahre) geht zurück: von 65% im Jahr 2002 auf 57% im Jahr 2008. Damit setzen junge Menschen sichtbar auf Mobilitätsketten, vor allem in Ballungsräumen. Mit den neuen Kommunikationsmedien, den social networks usw., wird Mobilität zunächst nicht ersetzt, jedoch seine Organisation verändert.

Reformen

Wir dürfen die Zeichen der Zeit nicht erst dann sehen, wenn es Abend ist. Heute steckt einer der wichtigsten Reformansagen in der Frage: Was kann der Staat leisten, und wie kann er es gerecht, wirksam und kostengünstig tun?

Eine bloße Verschiebung von Zuständigkeiten führt im Kern auch nicht weiter. Schon heute zeichnet die Region Stuttgart diese Struktur und ein modernes Aufgabenverständnis vor. Und schon heute stiftet die Region zunehmend Identität des heimatlichen Raums.

Regionales Gemeinwohlinteresse muss im Vordergrund stehen. Deshalb brauchen wir eine engagierte Debatte zwischen informierten Laien, Verwaltungsfachleuten, Wirtschaft/Gewerkschaften und Intellektuellen/Kultur.

Der VRS wurde in den Kommentierungen zur Schaffung der verfassten Region auch als „Experiment“ bezeichnet, das entscheidend für die Verwaltungsstruktur des Landes sein könnte. Kleinräumigkeit ist kein Wert an sich („small is beautiful“) und keine prinzipielle Voraussetzung für eine funktionierende, kommunale Selbstverwaltung. Räume ändern sich, wie die Kommunalreform in BW Anfang der 70er Jahre in BW gezeigt haben. Solange die räumlichen Dimensionen die demokratischen Verfahren nicht beeinträchtigen, ist dies gewährleistet.

Dazu brauchen wir allerdings eine verfasste Region, in der sich diejenigen, die für eine erfolgreiche Region –im Sinne der Menschen, die hier leben - auch handeln können.

Erfolgsfaktoren – jenseits der „harten Entscheidungen“ sind aus unserer Sicht: regionale Identität, breiter Konsens zwischen den Akteuren nach gründlicher und zügiger Beratung, nachhaltige Sicherung der Wirtschaftskraft und der sog. weichen Standortfaktoren.

Wir brauchen eben ein weiter entwickeltes Verständnis für die Region, und vor allem für die Lebenschancen aber auch die Kosten, die ihre Vernachlässigung mit sich bringen wird.